

# Berliner Gericht: Verhaftung eines Palästina-Aktivisten war rechtswidrig

Ali Abunimah, electronicintifada.net, 17.02.23

**Aktivisten in Berlin feiern einen Sieg, nachdem ein Gericht die Anklage gegen eines ihrer Mitglieder abgewiesen hat. Ihm war vorgeworfen worden, „illegal“ für die Rechte der Palästinenser demonstriert zu haben.**

„Im Namen der ‚Erinnerungskultur‘ verbietet Deutschland den Palästinensern, wegen der Nakba zu trauern“. „Die bloße Erwähnung Palästinas oder sogar das Hissen einer palästinensischen Flagge werden sofort als potenziell antisemitisch eingestuft.“

*Jüdischer Bund*

„Wir freuen uns, dass die absurden Anklagen gegen einen unserer Genossen fallen gelassen wurden und fordern dasselbe für alle Festgenommenen“, erklärte der Jüdische Bund (1), eine antifaschistische linke Gruppe.

„Das beschämende Verbot von Gedenkveranstaltungen und Protesten am vergangenen Nakba-Tag ist ein weiterer Meilenstein in der Kriminalisierung von Palästinensern und Palästina-Solidarität in Deutschland unter dem Deckmantel der ‚Bekämpfung des Antisemitismus‘, so die Gruppe weiter.

Der Aktivist des *Jüdischen Bundes*, der seine Identität nicht preisgeben will, gehört zu den etwa zwei Dutzend Personen, darunter auch Palästinenser, denen Geldstrafen und Gerichtsverfahren drohen, weil sie gegen ein polizeiliches Verbot verstoßen haben, am und um den 15. Mai vergangenen Jahres, dem jährlichen Gedenktag der Nakba, öffentlich ihre Unterstützung für die Rechte der Palästinenser zu zeigen (2).

An diesem Tag gedenken die Palästinenser der ethnischen Säuberung Palästinas im Jahr 1948, als 800.000 Palästinenser vertrieben wurden oder aus ihren Häusern flohen, als die von Großbritannien unterstützten zionistischen Kolonialmilizen, angriffen.

## **Polizei greift ein**

Am vergangenen Nakba-Tag zog die Berliner Polizei durch die Straßen und attackierte, belästigte und verhaftete jeden, den sie verdächtigte, die Rechte der Palästinenser zu unterstützen, sei es durch das Tragen eines traditionellen palästinensischen Tuches oder das Halten einer Flagge. (3)

## **Viele Unbeteiligte wurden von der Razzia erfasst**

Am Donnerstag jedoch wies ein Berliner Gericht die Anschuldigungen gegen den jüdischen Aktivist zurück – der erste Fall, der im Zusammenhang mit dem Nakba-Tag vor Gericht kam.

„Das Gericht betrachtete die Verhaftung wegen des Nakba-Demonstrationsverbots als rechtswidrig und stellte den Fall daher von sich aus ein“, erklärte Ahmed Abed, der Anwalt der Aktivisten, gegenüber *The Electronic Intifada*.

„Der Angeklagte setzte sich für die Versammlungsfreiheit ein, um gegen israelische Verbrechen zu demonstrieren“, fügte Abed hinzu. „Der öffentliche Protest hat dazu beigetragen, dass das Gericht auf eine Bestrafung verzichtet hat.“

Abed gab jedoch zu bedenken, dass das Urteil nur diesen Einzelfall betrifft und die Berliner Behörden nicht unbedingt daran hindert, neue Einschränkungen der Redefreiheit zu erlassen. „Trotz des Sieges vor Gericht wird es in diesem Jahr wahrscheinlich weiterhin harte Einschränkungen und sogar Verbote geben“, warnte Abed.

Aus diesem Grund haben Aktivisten eine Kampagne gegen künftige Verbote gestartet. Außerdem sammeln sie online Geld, um die Rechtskosten und andere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Verteidigung in den bestehenden Fällen zu decken. (4)

Während der Anhörung am Donnerstag versammelten sich die Aktivisten vor dem Berliner Gerichtsgebäude.

## **Deutsche Heuchelei**

Während jedes Verbot der freien Meinungsäußerung in einem Land, das beansprucht, eine Demokratie zu sein, Empörung hervorrufen sollte, wies der *Jüdische Bund* auf die besonders ungeheuerliche Situation in Deutschland hin. Hier wird die bedingungslose Unterstützung des Staates Israel – selbst wenn dieser Gräueltaten an Palästinensern begeht – von den Eliten als Buße für den Holocaust angesehen. (5)

„Im Namen der ‚Erinnerungskultur‘ verbietet Deutschland den Palästinensern, wegen der Nakba zu trauern“, sagte der Jüdische Bund. „Die bloße Erwähnung Palästinas oder sogar das Hissen einer palästinensischen Flagge werden sofort als potenziell antisemitisch eingestuft.“

Währenddessen, so die Gruppe, „wird weißen Deutschen, Mitgliedern bekannter antisemitischer Organisationen, einigen sogar den Nachfolgern der Nazipartei, von Weimar bis Neukölln ein größeres ‚Recht auf Meinungsfreiheit‘ zugestanden als Palästinensern, die versuchen, das weltweit anerkannte Grauen der Nakba zu betrauern.“

An die Deutschen gerichtet, fügt der *Jüdische Bund* hinzu: „Getrieben vom Schuldgefühl für die Verbrechen Ihrer Vorfahren klopfen Sie sich selbst auf die Schulter, weil Sie die Palästinenser zum Schweigen bringen, während Sie die wachsende Nazi-Präsenz unter Ihren Zeitgenossen ignorieren – wie empörend, wie heuchlerisch.“

Der Jüdische Bund fordert, dass die Berliner Staatsanwaltschaft alle verbleibenden Anklagen fallen lässt „und sich auf das seit langem ignorierte Problem der staatlichen Komplizenschaft mit und Untätigkeit gegenüber rassistischen und antisemitischen Gruppen konzentriert“.

Der Sieg vom Donnerstag ist die jüngste in einer Reihe von juristischen Rückschlägen (6), die deutsche Behörden in ihren langjährigen Bemühungen erlitten haben, kritische Äußerungen gegenüber dem Staat zu unterbinden.

1 <https://threadreaderapp.com/thread/1626557237127774209.html>

2 <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/jew-germany-fined-supporting-palestinian-rights>

3 <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/german-police-attack-palestine-supporters-nakba-day>

4 <https://www.nakba-ban.org/de>

5 <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/palestinians-have-had-enough-europes-holocaust-hypocrisy>

6 <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/deutsche-welle-illegally-fired-palestinian-journalist-german-court-rules>

<https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/court-orders-deutsche-welle-reinstate-second-palestinian-journalist>

<https://electronicintifada.net/blogs/adri-nieuwhof/munich-anti-bds-policy-illegal-german-federal-court-rules>

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/arrest-palestine-activist-was-unlawful-berlin-court-rules>

Übersetzung Pako: palaestinakomitee-stuttgart.de